

Wir haben viel zu verlieren

Christoph Mörgeli, SVP-Nationalrat, Ürikon-Stäfa

Bei der Abstimmung über das revidierte Militärgesetz geht es nur vordergründig um die Bewaffnung von Schweizer Soldaten bei Auslandseinsätzen und die Ausbildungszusammenarbeit mit Auslandstruppen. Dahinter stecken viel tiefere Fragen nach unserer Dienstpflicht, unserer Widerstandsarmee, unserer Neutralität, unserem Staatsverständnis – und nicht zuletzt nach unserer Einschätzung vom Wert eines Menschenlebens. Ich habe mir in insgesamt fast vierjähriger Dienstzeit und als gegenwärtiger Kommandant eines Kampfataillons viele Gedanken über das Wesen unserer Armee, den Auftrag seiner Bürgersoldaten und über das Sterben und Töten gemacht.

Das Ende der Dienstpflicht

Am 10. Juni geht es um die Einführung des militärischen Freiwilligkeitsprinzips, denn Auslandseinsätze sollen freiwillig sein. Das freiwillige Töten-Müssen oder gar Töten-Dürfen halte ich aber für moralisch verwerflich. Der dem Einzelleben übergeordnete Verteidigungsauftrag betrifft in unserem Land alle Bürger gleichermassen und kann nicht an freiwillige bezahlte Söldner delegiert werden. Die Bereitschaft, in letzter Konsequenz zu töten und zu sterben, darf der Staat von seinen Bürgern nur fordern, wenn Werte verteidigt werden müssen, die höher stehen als ein Menschenleben. Solch übergeordnete Werte stellen weder der Wiederaufbau beschädigter Dächer noch die Reparatur unterbrochener Wasserleitungen dar – und das internationale Geltungsbedürfnis von Politikern, Generälen und Strategieprofessoren schon gar nicht!

Das Ende der Widerstandsarmee

Unsere bewaffnete neutrale Widerstandsarmee hat im Grunde einen zutiefst pazifistischen, antimilitaristischen Kern: Wir behalten uns das Selbstverteidigungsrecht als letzte Möglichkeit vor, verzichten aber auf weitreichende Angriffswaffen, gewaltsame

Interventionen oder blutige Strafexpeditionen. Heute sprechen die VBS-Planer verächtlich von einer „Ausbildungsarmee“ und wollen sie zur „Einsatzarmee“ umgestalten. Sie haben vergessen, dass die eigentliche Erfolgsgeschichte unserer Armee darin besteht, dass sie dank ihrer Existenz eben gerade nicht zum Einsatz kommen musste. In grossen, obrigkeitsgeprägten Staaten verkörpert das Militär die Macht; die Krieg ist für sie die letzte Möglichkeit der Politik. Der Impuls aber, der in der Schweiz seit Jahrhunderten das Wehrwesen belebt, ist nicht der Wille zur Macht, sondern der Wille, der Macht zu widerstehen. Unsere Wehrhaftigkeit wird bis heute verstanden allein aus dem Gedanken des Widerstandes und – wie der liberale Staatsdenker Karl Schmid betonte – „nicht eine Handbreit darüber hinaus“. Was würde Schmid heute sagen zu den unsäglichen VBS-Plänen der „Vorneverteidigung“ ausserhalb der Landesgrenzen und zur Unterordnung unter fremde Militärmächte?

Das Ende der Neutralität

Der VBS-Leitspruch „Sicherheit durch Kooperation“ bedeutet das Ende der schweizerischen Neutralität. Zusammenarbeit mit andern Staaten ist dem Neutralen auf wirtschaftlichem, kulturellem, sozialem oder wissenschaftlichem Gebiet ohne weiteres gestattet. Eine militärische Zusammenarbeit mit ausländischen Streitkräften aber ist nie und nimmer mit unserer Neutralität vereinbar. Wer dies trotzdem behauptet, ist entweder ein Heuchler oder ein undisziplinierter Denker. Immerhin ehrlicher sind jene von der Nato mitfinanzierte Strategieprofessoren der ETH, welche die Neutralität ins Pfefferland wünschen, oder Anton Thalmann, Schweizer Botschafter bei der Nato, der schon 1999 verkündete: „Man muss die Neutralität, an der kein Bedarf mehr besteht, sanft einschlafen lassen.“ Bereits heute folgen unsere Swisscoys einem Nato-Marschbefehl, stehen unter Nato-Kommando und tragen Nato-Auszeichnungen auf der Brust. Die Unterscheidung zwischen „Friedenssicherung“ und „Friedens erzwingung“ ist Theorie, denn Gewaltkonflikte unterliegen dem Gesetz der Eskalation und schaffen Parteien. Unser Kleinstaat holt sich keinen Respekt durch Unterordnung in ein Militärbündnis, das Grossstaaten und deren Interessen beherrschen. Der Neutrale verschafft sich Respekt durch Gute Dienste auf diplomatischem Parkett und humanitäre Einsätze im weitesten Sinn.

Das Ende unseres Staatsverständnisses

Statt sich überall anzubiedern, anzugleichen und unterzuordnen, täte unser Kleinstaat gut daran, anders zu bleiben. Den weltweiten Schweizer Sonderfall bildet neben direkter Demokratie, Föderalismus und Neutralität der Milizgedanke auf allen Stufen – gerade auch in der Armee. Unsere Armee ist kein privates Instrument zur Prestigepflege von Regierung und Generälen, sondern letztes Mittel zur Verteidigung der Freiheit des Volkes. Darum bewahrt auch jeder Bürger sein Gewehr bei sich zu Hause auf und überlässt seine Waffe nicht der Regierungszentrale. Ein Nein zum Militärgesetz ist ein Nein zum Glauben an die staatliche Machbarkeit, zum Drang nach äusserer Grösse, Zentralismus und Bürokratie. Bekämpfen wir die „Verstaatlichung“ des Wehrgedankens, bei dem nicht mehr Bürger in Uniform für unsere Sicherheit verantwortlich sind, sondern vollamtliche Militärbeamte. Wer freiheitlich denkt, hat am 10. Juni viel zu verlieren!